



Protokollauszug

aus der
16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.12.2020

öffentlich

**Top 7.28 Für die Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg auf dem
Platz der Einheit /Einreichen
20/SVV/1181
abgelehnt**

Der **Ausschuss für Kultur** empfiehlt, den Antrag **abzulehnen**.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge schließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Mahnmal gegen Faschismus und Krieg auf dem Potsdamer Platz der Einheit würdevoll und weltoffen zu einem Mahnmal für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert erweitert, die durch deutsche Staatlichkeit im 20. Jahrhundert, durch Duldung oder aktives Handeln, durch das Deutsche Kaiserreich, des nationalsozialistische Deutsche Reichs und durch die sozialistische DDR umgekommen oder zu Schaden gekommen sind. Dies soll insbesondere an den Genozid an den Armenieren im 1. Weltkrieg, den Völkermord an den Juden, Sinti und Roma, die Gewalt gegen politisch Andersdenkende wie, sexuelle anders oder divers Orientierte, religiös Gebundene, die 20.000 Opfer der Zwangsvereinigung von KPD und SPD seit dem April 1946, ermordete und bedrängte Christdemokraten und Liberale oder die Opfer der deutschen Teilung durch Trennung, Mauer und Schießbefehl erinnern und künftige Generationen im Sinne eines „nie wieder“ mahnen.

Die Konzeption soll zunächst durch die Stelle Erinnerungskultur und Gedenken unter Federführung von Herrn Bülow in der Kulturverwaltung geprüft werden. Dabei ist auch zu prüfen, wie baulich sensibel mit dem bestehenden Mahnmal/Ort am Platz der Einheit umgegangen werden könnte, um seinen Denkmalwert zu erhalten und zu erweitern.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im 1 Quartal 2021 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.